

# „Vor acht Jahren begann mein zweites Leben“

Manfred Stolpe wird am Montag 80 Jahre alt / Die RUNDSCHAU sprach mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg

Der Sozialdemokrat Manfred Stolpe macht sich Sorgen darüber, ob die Bundes-SPD wirklich nah genug bei den Menschen in Deutschland, bei ihren Sorgen und Nöten, ist. Foto: dpa

Am Pfingstmontag begeht er seinen 80. Geburtstag: Manfred Stolpe (SPD), der erste Ministerpräsident von Brandenburg, Bundesverkehrsminister und früherer Konsistorialpräsident der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg. Die RUNDSCHAU hat mit ihm gesprochen.

Herr Stolpe, Sie werden 80 Jahre alt. Wie blicken Sie auf diesen Tag?

Das ist ein Tag, den ich mit Dankbarkeit erlebe. Denn eigentlich sollte ich ja vor acht Jahren schon gestorben sein. Damals hatten meine Ärzte Krebs bei mir festgestellt und mir nicht mehr viel Zeit zum Leben prognostiziert. Inzwischen aber sind die Behandlungstechniken besser geworden, die Medizin und die Chemotherapie. Und von allem habe ich profitiert. Wenn Sie so wollen, habe ich vor acht Jahren mein zweites Leben angefangen. Heute ist es mir wichtig, dass ich die in Ost- und Westdeutschland zerstreute Familie sammle. Die jungen Leute aus Bayern und Brandenburg sollen ins Gespräch kommen. Deswegen feiere ich meinen Geburtstag mit allen zusammen auf der Insel Usedom, in der Nähe der Kleinstadt Stolpe.

Haben Sie den Eindruck, dass so etwas auch außerhalb Ihrer Familie funktioniert?

Wenn man sich begegnet, wenn man gemeinsame Herausforderungen hat, wie wir sie etwa beim ersten Aufbau in Brandenburg hatten, dann verschwinden Vorurteile. Dann merkt man, wie sich Menschen aus Ost und West gegenseitig ergänzen. Ich glaube, es wird nicht mehr lange dauern, dann wird in Deutschland nicht mehr von Unterschieden zwi-

schen Ost und West die Rede sein, sondern eher von Nord und Süd. Von der Mentalität der Menschen an der Küste und denen in Bayern.

Hoffen Sie denn noch darauf, dass die Ost-West-Verbindungen in Brandenburg noch etwas dichter werden – in einem gemeinsamen Bundesland mit Berlin zum Beispiel?

Ich glaube, dass dieses Bundesland kommen wird. Ich vermute allerdings, dass es dann etwas größer werden würde als nur Berlin und Brandenburg. Wenn es um Organisationsfragen und Finanzen geht, wäre es vernünftig, wenn man etwa Mecklenburg-Vorpommern oder Sachsen-Anhalt noch mit dazu nimmt.

Nun hat es mit der Wiedervereinigung ja nicht nur Gewinner gegeben. In allen ostdeutschen Bundesländern gibt es Menschen, die sich seit der Wende aus den gesellschaftlichen Diskursen zurückgezogen haben. Haben wir zu viele Wendeverlierer im Land?

Wir hatten eine ganze Menge davon. Aber ich denke, dass wir das Problem schon frühzeitig kommen gesehen haben. Regine Hildebrandt hat uns immer wieder daran erinnert, dass wir aufpassen müssen, dass Menschen nicht den Anschluss verlieren. Ich bin überzeugt, dass die ganz große Mehrheit der Brandenburger den Übergang in ein neues System geschafft hat.

Wie erklären Sie sich in dem Zusammenhang den Aufstieg von Protestparteien wie der AfD?

Das hängt aus meiner Sicht vor allem damit zusammen, dass zu viele Leute in den anderen Parteien oft zu sehr mit sich selbst beschäftigt sind. Sie haben zu oft geglaubt,

dass die Themen, die sie im Parlament oder in Zeitungen diskutieren auch Themen sind, die die Menschen auf der Straße interessieren. Man hätte schon wach werden müssen bei der sinkenden Wahlbeteiligung. Die wachsende Zahl der Nichtwähler ist doch ein Beleg dafür, dass Politik ein Problem hat, die Menschen zu erreichen. Man muss sich mehr Mühe geben, mit den Menschen zu reden. Denn sie wollen nicht nur Parolen hören, sondern ernst genommen werden.

Sie sind selbst Ehrenvorsitzender der Brandenburger SPD und nehmen an den Sitzungen des Parteivorstands teil – haben Sie den Eindruck, die SPD hat es begriffen? Oder ist auch Ihre eigene Partei zuweilen zu sehr mit sich selbst beschäftigt?

Bei der Bundes-SPD habe ich manchmal schon die Sorge, ob sie nahe genug bei den Menschen und ihren Sorgen und Nöten ist. Ich erlebe oft, dass dort oft sehr rationale Argumente genutzt werden. Aber dabei wird vergessen, dass die Meinungsbildung ja nicht nur rational erfolgt. Gefühle spielen eine große Rolle, wie wir vor 20

Jahren bei der gescheiterten Länderfusion erlebt haben. Bei den Brandenburger SPD-Vertretern in der politischen Verantwortung, allen voran bei Dietmar Woidke, habe ich dagegen das Gefühl, die wissen, wie die Menschen denken.

Sie haben zu DDR-Zeiten als Konsistorialpräsident die Kirche gegen den Sozialismus verteidigt. Wie empfinden Sie heute die rote Landesregierung?

Das sind neue Leute. Aber ich habe damals schon gelernt zu differenzieren. SED-Funktionär war nicht gleich SED-Funktionär. Wir hatten in Potsdam das Glück, dass hier einige vernünftige gesprächsbereite Leute waren. Auch Hans Modrow in Berlin war jemand, mit dem man reden konnte. Cottbus hatte die starke Position, Energiebezirk zu sein. Die Leute dort waren nicht so getrieben von Berlin. Damals kam es darauf an, mit den richtigen Leuten zu reden und auf dieser Klaviatur spielen zu können.

Waren Sie ein guter Klavierspieler?

Ich war ein guter Klavierspieler, aber ich habe unterschätzt, dass

die anderen immer ihre Vermerke schrieben, und alle befördert werden wollten. Je mehr man als Schreiber gut wegkam, desto mehr wuchsen die Chancen auf Beförderung. Es war für mich nach der Wende eine echte Überraschung, dass die Stasi mich deswegen zu einem inoffiziellen Mitarbeiter gemacht hatte.

Deswegen gab es einen Untersuchungsausschuss im Landtag. Wenn Sie auf die Zeit zurückblicken – ist man damals aus Ihrer Sicht fair mit Ihnen umgegangen?

Die Bevölkerung ja. Da hatte sich herumgesprochen: Das ist einer, der hat den Menschen in schwerer Zeit geholfen. Das kann ja gar nicht stimmen, was sie ihm andichten.

Und die politische Klasse? Differenziert.

Am Anfang haben wir über Ihren 80. Geburtstag gesprochen. Lassen Sie mich zum Abschluss wieder eine persönliche Frage stellen: Was bedeutet der Glaube für Manfred Stolpe?

Ich bin beschenkt worden durch meine Mutter: Sie hat mich zum Glauben gebracht. Sie hat mich in meiner Einstellung geprägt. Dieser Kinderglaube an die Geborgenheit bei Gott: Der hat mich Gott sei Dank nie verlassen und durch alle schweren Zeiten getragen. Und ich bitte darum, dass er das auch weiter tut.

Mit Manfred Stolpe sprach Benjamin Lassive

Im Internet: Weitere Fragen und Antworten sowie Bilder finden Sie unter [www.lr-online.de/nachrichten](http://www.lr-online.de/nachrichten)

## Wer zuletzt lacht...

Seit einem Monat diskutiert das Land Brandenburg über Dienstwagen. Während wegen des milliardenschweren Baus des Großflughafens BER kein Minister je zurücktrat, streitet das Land Brandenburg über 435 Euro, den Transport von Motorrädern und Topfpflanzen und die eigentlich nur mit einem klaren „Ja, natürlich“ zu beantwortende Frage, ob derartige Dummheiten gegen die Dienstwagenrichtlinien des Landes verstoßen.

Dabei können Dienstwagen durchaus ein interessantes Thema sein: Zum Beispiel, wenn es um die Frage geht, wie viel CO<sub>2</sub> ein Politiker bei seinen Fahrten durchs Land verbraucht. Denn wer im VW Phaeton durch die Lande fährt, belastet die Umwelt mehr als ein Passagier in einem

Post aus Potsdam



Benjamin Lassive

zumindest teilweise elektisch betriebenen Hybridfahrzeug. Jahr für Jahr stellt die Deutsche Umwelthilfe deswegen eine Liste zusammen, wer in welchem Fahrzeugmodell unterwegs ist – besonders dreckige Dienstwagen erhalten eine rote Karte, besonders saubere Fahrzeuge eine grüne. Für Brandenburg heißt das, dass

Umweltminister Jörg Vogelstätter mit seinem BMW, dessen CO<sub>2</sub>-Ausstoß nur 109 Gramm pro gefahrenem Kilometer beträgt, der Spitzenreiter ist. Nur weil die Umwelthilfe den Daten bei Dieselfahrzeugen nicht mehr traut, erhält er keine grüne Karte.

Ganz anders ist es bei dem mittlerweile zurückgetretenen Justizminister Helmuth Markov: Hätte er vor einigen Jahren auf den Transport seiner Motorräder verzichtet, wäre das Dienstwagenthema für ihn heute wohl eher positiv besetzt. Mit seinem Hybrid-Audi verbrauchte er lediglich 110 Gramm pro gefahrenem Kilometer, und erhielt dafür die begehrte „Grüne Karte“ von der Umwelthilfe. Aber manchmal heißt es eben auch: „Wer zu letzt lacht, lacht am besten.“

## Lokale Bündnisse laden zu Aktionstag für Familien ein

Potsdam. Familienfreundlichkeit kann nach Ansicht von Brandenburgs Familienministerin Diana Golze (SPD) nicht per Gesetz beschlossen werden. Erst durch Initiativen und Aktivitäten von Menschen würden Kommunen attraktiv für Familien, sagte Golze am Freitag in Potsdam.

Rund um den Internationalen Tag der Familie am 15. Mai laden landesweit Lokale Bündnisse mit Festen und Veranstaltungen ein. In den kommunalen Netzwerken arbeiten Vertreter von Firmen, Verwaltungen, Vereinen oder Kirchen mit. Sie setzen sich für eine kinder- und familienfreundliche Infrastruktur ein. In Guben etwa werde der demografische Wandel immer spürbarer, sagte Kerstin

Leutert-Glasche vom Lokalen Bündnis. Im Alltag seien Kinder und junge Familien weniger sichtbar. Zudem werde die Stadt nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung ab 2030 zu den drei ältesten Kommunen Deutschlands gehören. „Dieser Herausforderung müssen wir uns stellen.“ Seit 2014 gibt es eine überregionale Koordinierungsstelle, die vom Land mit 50 000 Euro im Jahr gefördert wird.

Die Gründung der Lokalen Bündnisse wurde anfangs mit jeweils 10 000 Euro unterstützt. Jedes Bündnis sei einzigartig, sagte Sprecherin Maria Lang. Vor Ort könnten passgenaue Angebote im Interesse der Familienfreundlichkeit gestaltet werden. [dpa/uf](http://dpa/uf)

## NACHRICHTEN

### Seen in Brandenburg sauber zum Start der Badesaison

Potsdam. Gute Nachricht für Freiluft-Schwimmer: Zum Start der Badesaison am Sonntag sind sämtliche Badeseen in Brandenburg sauber. Die Wasserqualität sei an allen 251 offiziellen Badestellen ausgezeichnet, teilte das Verbrauchermi- nisterium Brandenburg mit. Die Gesundheitsämter nehmen dort vor Beginn der Saison Wasserproben und untersuchen sie auf Krankheitserreger und Verunreinigungen von Menschen. Die Wasserqualität sei daher vor Beginn der Saison besonders gut, bevor Badegäste die Seen besuchen, sagte eine Ministeriumssprecherin. [uf/uf](http://uf/uf)

### 15 Schülerfirmen neu in Sachsen gegründet

Dresden. 15 neu gegründete Schülerfirmen bekommen zur Verwirklichung ihrer Ideen ein Startkapital von bis zu 1000 Euro. Damit könnten sie Konzepte ausbauen, Werbung, Büromaterialien sowie technische Ausrüstungen finanzieren, teilte das Kultusministerium mit. Unterstützt werden drei Förderschulen, sieben Oberschulen, drei Gymnasien sowie zwei berufsbildende Schulen. Die Schüler stellen unter anderem Lernkarten und zweisprachige Kalender her oder verkaufen T-Shirts und Taschen. [dpa/uf](http://dpa/uf)

### 15 Verhandlungstage für den Fall Anneli

Dresden. Für den Prozess wegen der Entführung und Ermordung der 17-jährigen Anneli sind insgesamt 15 Termine bis Ende August geplant. Die Hauptverhandlung in dem Fall beginnt am 30. Mai, der vorerst letzte Termin ist der 26. August, wie das Landgericht Dresden gestern mitteilte. Wegen Erkrankung der Vorsitzenden Richterin musste der Auftakt um gut zwei Wochen verschoben werden. [dpa/uf](http://dpa/uf)

### 448 Millionen Euro für Messe-Berlin-Sanierung

Berlin. Um Berlins Messehallen auf Vordermann zu bringen, sind bis 2030 rund 448 Millionen Euro nötig. Davon geht die landeseigene Messegesellschaft aus, wie Claudia Hamboch, die Sprecherin der Senatswirtschaftsverwaltung, sagte. Viele Hallen seien in die Jahre gekommen, ohne dass viel in sie investiert worden sei. [dpa/uf](http://dpa/uf)

### Junge „Reformer“ in Frauenkirche zu Gast

Dresden. Pfingsten ist Peace-Academy-Zeit an der Dresdner Frauenkirche. Angesichts der weltpolitischen Herausforderungen und vor dem Reformationsjubiläum 2017 steht die vierte Ausgabe des Treffens im Zeichen der Veränderung. Seit Freitagabend diskutieren 380 junge Menschen aus mehr als 35 Ländern darüber, wie die Welt besser, friedlicher, nachhaltiger und freundlicher werden kann. [dpa/uf](http://dpa/uf)

### Schwarzarbeiter mit falschen Pässen gefasst

Schwedt (Oder). Zollbeamte haben auf einer Großbaustelle in Schwedt (Oder) sieben Schwarzarbeiter gefasst. Wie das Hauptzollamt Frankfurt (Oder) gestern mitteilte, waren die Arbeiter schon einmal bei einer Kontrolle im März aufgefallen. Damals bestanden bereits Zweifel an der Echtheit ihrer Ausweispapiere. Die illegal eingereisten Männer wurden festgenommen. [dpa/uf](http://dpa/uf)